

Der Offshore-Terminal im Blickpunkt: Ein Streitgespräch zwischen einem Naturschützer und einem Wirtschaftsförderer

Die Zukunft der Stadt – oder doch nur eine Betonplatte im Watt?

Für den einen ist der geplante Offshore-Terminal OTB zentraler Bestandteil eines Industriegebiets für die **Offshore-Windenergie** – für den anderen sind es 25 Hektar Beton im Watt. Die **NORDSEE-ZEITUNG** hat die Kontrahenten zum Streitgespräch an einen Tisch geholt: Nils Schnorrenberger, Chef der Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS, und Martin Rode, Landesgeschäftsführer des BUND. Sie stellten sich den Fragen von Christian Klose, Klaus Mündelein und Christoph Barth.

Herr Rode, ich möchte Sie mit einem Satz Ihres Kollegen Sönke Hofmann vom Naturschutzbund NABU konfrontieren. Der sagt: „Im Naturschutzrecht geht es darum, einen ökologischen Ausgleich für Bauprojekte herzustellen. Naturschützer haben nicht die Macht, ein Projekt zu Fall zu bringen.“ Was bewegt Sie dazu, es beim OTB doch zu versuchen?

Rode: Ich sehe das grundsätzlich anders als der Kollege, den Sie hier zitieren. Wir haben es beim Umwelt- und Naturschutz mit grundlegenden gesellschaftlichen Themen zu tun. Und ich kann keine Veränderung in Richtung Ökologie und Nachhaltigkeit erreichen, wenn ich mich darauf beschränken wollte, über Ausgleichsmaßnahmen zu reden. Vielmehr bedarf es dazu zwingend einer Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Hintergründen. Deshalb ist der zitierte Satz mindestens mal eine verkürzte Darstellung unserer rechtlichen Möglichkeiten.

Das heißt, der BUND argumentiert nicht nur mit dem Naturschutz, sondern auch politisch?

Rode: Das müssen wir sogar. Wir haben es beim Bau des OTB im Weserwatt mit einem Gebiet zu tun, das nach europäischem Recht als Natur- und Vogelschutzgebiet zu behandeln ist. Das Projekt braucht also eine Ausnahmegenehmigung, die nur aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses erteilt werden kann. Und diese Gründe sind in aller Regel wirtschaftliche Argumente, mit denen wir uns also auseinandersetzen müssen.

Herr Schnorrenberger, sehen Sie diese Rolle des BUND als gerechtfertigt an?

Schnorrenberger: Rechtlich ist das korrekt. Wir dürfen in dieses Gebiet nur ein-

greifen, wenn es einen Bedarf und ein öffentliches Interesse dafür gibt. Diesen Bedarf müssen wir nachweisen – und genau darin besteht unser Dissens mit dem BUND.

Wie begründen Sie denn den Bedarf?

Schnorrenberger: Der Bedarf ergibt sich aus der Energiewende. Aus unserer Sicht brauchen wir höhere Ausbauziele für die Offshore-Windenergie, wenn wir unsere Ziele im Klimaschutz erreichen wollen. Politisch beschlossen sind 15 Gigawatt installierte Leistung bis 2030. Der Bundesvorsitzende Ihres Verbandes, des BUND, hält 30 Gigawatt für umweltverträglich machbar. Und ich hätte mir erhofft, Herr Rode, dass Sie – statt die reduzierten Ausbauziele der Bundesregierung gegen den OTB ins Feld zu führen – sich bei uns unterhaken und für eine Ausweitung der Ziele einsetzen.

Stellen Sie der Energiewende ein Bein, Herr Rode, wenn Sie den OTB verhindern?

Rode: Schon bei der Frage muss ich Ihnen widersprechen. Die Frage suggeriert, dass der OTB ein entscheidender Beitrag zur Energiewende sei. Dass die Energiewende mehr Schub braucht, da sind Herr Schnorrenberger und ich im Prinzip gar nicht auseinander. Nach unserer Auffassung brauchen wir dazu aber vor allem kleine, dezentrale Strukturen – Solarenergie, Bürgerwindparks an Land, auch viel mehr Anstrengungen beim Energiesparen. Die Offshore-Windenergie dagegen benötigt wiederum die alten Großstrukturen – Energiekonzerne, Stromtrassen, viel Kapital. Also: Offshore-Windenergie ist nach unserer Auffassung notwendig für die Energiewende, aber nicht in dem Maße, wie Herr

Schnorrenberger das seinen Überlegungen zugrunde legt.

Schnorrenberger:

Wir brauchen doch beides: Auf jedem Dach, auf dem das irgendwie geht, eine Solaranlage, Windparks an Land, wo immer das verträglich machbar ist – und wir brauchen die Offshore-Windenergie. Die kann nämlich die Grundlast der Stromversorgung tragen, braucht also weniger Speicher, weniger Gaskraftwerke, die in Reserve stehen – und das spart Kosten.

Rode: Da würde ich Ihnen widersprechen. Es gibt durchaus Zweifel, dass die Offshore-Windenergie die Grundlastfähigkeit bei der Stromversorgung herstellt. Um einen Ausbau der Speicher und um intelligente Netze kommen wir nicht herum. Noch einmal: Wir sind nicht gegen Offshore-Windenergie, aber der Schlüssel zur Energiewende ist nicht der forcierte Ausbau von Windparks auf See.

2010 hatte sich der BUND doch eigentlich auf den jetzt geplanten Standort für den OTB eingelassen und dem Bauvorhaben zugestimmt. Warum ändern Sie jetzt Ihre Meinung?

Rode: Zu dem Zeitpunkt waren die Bedingungen andere: Das Ziel war damals, in Bremerhaven einen kompletten Standort für die Offshore-Windenergie aufzubauen – wo alle Teile, die für ein Offshore-Windrad benötigt werden, gebaut und verschifft werden können. Damals war das eine realistische Option. Heute aber hat dieses Konzept keine Gültigkeit mehr. Und es ist ja nicht so, dass wir dem Bau des OTB an dieser Stelle 2010 zugestimmt hätten. Sondern wir haben gesagt: Wir werden das kritisch begleiten und am Ende entscheiden, ob der Bedarf belegt werden kann.

Schnorrenberger: So erfahren sind Sie ja, eine Zusage einzuschränken.

Rode: Wer behauptet, wir hätten diesem Standort zugestimmt, sagt nicht die Wahrheit. Wir haben gesagt: Wir werden diesen Standort nicht von vornherein beklagen, sondern das Verfahren kritisch begleiten und am Ende entscheiden.

Was wollen Sie mit dem OTB erreichen, Herr Schnorrenberger?

Schnorrenberger: Wir wollen den OTB bauen, um die Logistikkosten zu senken. Die sind heute zu hoch. Man kann sie reduzieren, indem man möglichst viele Teile an einem Standort produziert und von dort ins Baufeld fährt. Jeder Umschlag kostet Geld und birgt ein Risiko, das sich wiederum in höheren Versicherungsprämien ausdrückt. Und darum ist es wirtschaftlich sinnvoll, dieses Konzept weiterzuentwickeln. Wir brauchen den OTB für die vorhandenen Unternehmen, die jetzt schon Anfragen bekommen für Projekte 2020/21 – ohne OTB haben diese Unternehmen einen Kostennachteil gegenüber den Wettbewerbern. Und wir brauchen den OTB für Neuansiedlungen. Ohne



» Wir haben es mit einem Gebiet zu tun, das als Natur- und Vogelschutzgebiet zu behandeln ist. «

Martin Rode, Landesgeschäftsführer des BUND

den Hafen werden sich hier keine Firmen erweitern oder ansiedeln.

Sind damit Arbeitsplätze gefährdet?

Schnorrenberger: Ich will nicht über das spekulieren, was in den Unternehmen passiert. Aber ich weiß von Unternehmen, mit denen wir verhandeln, dass sie sich ohne einen mindestens halb fertigen OTB nicht für Bremerhaven entscheiden werden.

Aber reichen denn die reduzierten Ausbauziele der Bundesregierung, um einen OTB auszulasten?

Schnorrenberger: Wir betrachten hier nicht nur den deutschen Markt, sondern den europäischen. Und wir dürfen nicht nur bis 2030 gucken, sondern wir bauen den Hafen für die nächsten 80 Jahre. Wenn ich mir die auf dem Klimagipfel in Paris vereinbarten Ziele ansehe, werden wir die Offshore-Windenergie brauchen.

Für den Export von Turbinen nach England oder Frankreich braucht man aber keinen OTB. Da reichen doch die Schwerlastkajen vor den Werken im Fischereihafen.

Schnorrenberger: Dann schauen Sie sich mal an, wie oft diese Kajen jetzt schon belegt sind. Und ein Errichterschiff hat eine Reichweite von 300 Seemeilen – in dem Einzugsbereich könnte man also von hier aus Windparks errichten.

Es wird doch aber immer so sein, dass Bauteile aus verschiedenen Produktionsstätten in einem Hafen gesammelt und von dort ins Baufeld gefahren werden. Cuxhaven und Eemshaven erfüllen diese Funktion bereits. Wozu brauchen wir da noch den OTB?

Schnorrenberger: Warum hat sich in Eemshaven noch kein Unternehmen angesiedelt? Weil da kein Mensch lebt. Wenn man sich die Nordseeküste von Den Helder bis Hirtshals anschaut – wo gibt es da Industriestandorte? Mit qualifizierten Arbeitskräften? Mit Zulieferern? Wissenschaftlichen Einrichtungen? Da wird es verdammt dünn. Wir haben das alles zu bieten.

Rode: Aber gucken Sie sich doch Siemens an, den Marktführer, der zurzeit fast jeden Auftrag gewinnt. Die fahren mittlerweile ein ganz anderes logistisches Konzept: Die haben eine Fabrik in Hull in England, wo sie Flügel bauen, und eine Fabrik in Cuxhaven, wo sie Gondeln bauen wollen. Und sie haben ihre Fabrik in Esbjerg in Dänemark. Ihre sonstigen Komponenten, die Fundamente etwa, holen sie sich meinetwegen aus Spanien. Oder aus der Ostsee, aus Rostock. Diese Komponenten werden dann zusammengeholt auf einen Sammelplatz, der für

das jeweilige Windparkprojekt am günstigsten liegt. Die Errichterschiffe fahren nämlich nicht freiwillig 300 Seemeilen. Die sind der teuerste Teil der Logistikkette und fahren deshalb so kurze Wege wie möglich. Und dafür hat Eemshaven eine sehr günstige Position. Und englische Projekte werden von einem englischen Hafen aus gemacht, Ostseeprojekte von einem Ostseehafen aus.

Schnorrenberger: Von welchem englischen Hafen aus werden denn heute Windparks errichtet? Es gibt keinen solchen Hafen. Dafür bräuhete man in England private Investitionen – und die gibt es nicht.

Rode: Hull wird sich zu so einem Hafen entwickeln. Und für ein dezentrales Konzept mit verschiedenen Produktionsstätten ist es am Ende völlig egal, ob im Hinterland eines Basishafens wie Eemshaven viele Menschen leben.

Schnorrenberger: Die dezentrale Struktur hat sich entwickelt, weil es keinen Hafen mit großen Produktionsflächen und ausreichendem Arbeitskräftepotenzial gibt. Wir können das anbieten, wenn wir den OTB haben. Und ich bleibe dabei: Das spart Kosten.

Haben Sie nicht die Sorge, dass man hier 180 Millionen Euro verbuddelt und hinterher kommt doch keiner?

Schnorrenberger: Nein die habe ich nicht. Die Nachfrage nach Flächen hinter einer Schwerlastkaje ist vorhanden und wir brauchen in Bremerhaven mit unserer immer noch viel zu hohen Arbeitslosigkeit dringend weitere Arbeitsplätze und Ansiedlungen.

In strukturschwachen Gebieten ist den Menschen ein Arbeitsplatz in der Regel wichtiger als der Umweltschutz. Haben Sie nicht die Befürchtung, Herr Rode, dass man den BUND dafür verantwortlich machen wird, wenn eine Investition in neue Arbeitsplätze unterbleibt?

Rode: Dieser Diskussion müssen wir uns stellen. Bei vielen anderen Projekten – Herr Schnorrenberger wird das bestätigen – haben wir eine gemeinsame Lösung gefunden. Wir sind nicht der Verhinderungsverband. Aber hier, beim OTB, geht es nicht um irgendein Gebiet. Es geht um das größte erhaltene naturnahe Gebiet an der Unterweser, ein europäisches Naturschutzgebiet. Und da soll eine Betonplatte, 25 Hektar groß, mitten hinein in den Fluss gebaut werden. Da müssen wir uns schon fragen: Ist es das wert? Wir haben uns lange damit beschäftigt, darum gerungen. Aber am Ende war unsere Entscheidung eindeutig.



» Ohne den Hafen werden sich hier keine Firmen erweitern oder ansiedeln. «

Nils Schnorrenberger, Chef der Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS